

Geteilte Erfahrungen als Ausgangspunkt für Veränderung: Kinderbetreuung in der Covid-19-Krise

TERESA GÄRTNER

Angesichts der gesundheitlichen Bedrohung durch Covid-19 wurden Berufe in Pflege und Einzelhandel, in denen mehrheitlich Frauen* arbeiten, als systemrelevant eingestuft. Das war mit der Hoffnung verbunden, diese Tätigkeiten endlich gesellschaftlich aufzuwerten. Den Beschäftigten blieb jedoch oftmals nur Applaus.

Als Frauen*streik-Aktivist*innen fragten wir uns, welche Handlungsoptionen wir in dieser Situation haben.¹ In den vergangenen Jahren hat sich global die Bewegung des feministischen Streiks gegen die Ausbeutung (unserer) Körper in bezahlter wie unbezahlter Arbeit, gegen Gewalt und für einen selbstbestimmten Umgang mit Schwangerschaften formiert.² Im Zentrum steht das gewachsene Bewusstsein von Frauen* über ihre Macht im System und dessen Politisierung: Frauen* leisten den Großteil der Sorgearbeit, halten die Gesellschaft am Laufen und sorgen für die Reproduktion des Lebens.

Zuletzt spitzte sich die Situation in der Bewegung zu – auch in der Arbeit mit Kindern: Nach der Schließung von Schulen und Kitas übernahmen Eltern in zahlreichen Ländern unbezahlt und oft zusätzlich zur Lohnarbeit die Kinderbetreuung. Ins Private abgeschoben, meisterten meist Frauen* individualisiert diese Herausforderung. Das ist nichts Neues: In Deutschland arbeiteten Frauen* bereits vor der Krise im Schnitt 31 Stunden pro Woche unbezahlt in Haushalt und Sorge. Die Anforderung, Betreuungs- und Bildungsarbeit zuhause zu übernehmen, entwertete zudem die Facharbeit von Pädagog*innen. Mit der schrittweisen Öffnung der Kitas zeigte sich dann der akute Mangel an Pädagog*innen. Die Personalplanung stieß mit Regelungen zum Infektionsschutz schnell an ihre Grenzen. Eingeschränkte Betreuungszeiten waren die Konsequenz. Vielen Eltern ist dadurch klar geworden, was zuvor schon Alltag für Pädagog*innen war: Es fehlt Personal, um angemessen für die Kinder da zu sein, nötige Betreuungszeiten abzudecken und für die eigene Gesundheit zu sorgen.

Schon vor der Covid-19-Krise wurden in Thüringen im Schnitt 11,6 Kinder über drei Jahre von einer Person betreut. Für gute pädagogische Arbeit wird ein Schlüssel von 7,5 empfohlen. Schon bei geringen Ausfällen (Urlaub, Krankheit) können die mangelhaften Personalschlüssel nicht eingehalten werden und liegen oft unter den gesetzlichen Vorgaben. In Thüringen fehlten zuletzt über 9.000 Vollzeitkräfte (Ehrlich 2020). Dieser Zustand ist hausgemacht: In der Kinderbetreuung überlässt der schwindende Sozialstaat – ebenso wie in der Pflege – immer mehr Sorgaufgaben dem Markt und der Profitlogik: Kitas werden nur noch zu Teilen von der öffentlichen Hand getragen. Neben freien Trägern etablieren sich immer mehr GmbHs, die den Mangel an Kita-Plätzen nutzen, um Profit zu machen (Holland-Letz 2008).

Wir wollen die aktuelle Sichtbarkeit der verschiedenen, bereits länger bestehenden Krisen nutzen, um die Strukturen und Arbeitsbedingungen zu ändern. Pädagog*innen

konnten in den vergangenen Jahren nur geringe Erfolge in Arbeitskämpfen erzielen. Wenn sie streikten, hatten Eltern häufig kein Verständnis und thematisierten vor allem ihre Mehrbelastung. Das könnte sich durch die gemeinsamen Erfahrungen nun ändern. Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für Pädagog*innen wirken sich auch positiv auf Eltern aus. Streiks für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal in Pflege-, Sozial- und Erziehungsdiensten nahmen in den vergangenen Jahren zu. Dabei entstanden auch Verbindungen zwischen feministischen und sozialen Bewegungen. Hier knüpfen wir an.

Als Frauen*streik Jena haben wir Anfang Juni eine Petition „Für mehr Personal und finanzielle Mittel für Thüringer Kitas“ gestartet. Von Beginn an arbeiteten wir mit Eltern, Pädagog*innen und Gewerkschafter*innen zusammen und forderten das Land auf, Verantwortung für die Gewährleistung guter pädagogischer Arbeit in Kitas zu übernehmen. Unsere Prämisse ist, nicht allein die isolierten Interessen einzelner Personengruppen öffentlich zu machen. Um die Strukturen von Sorgearbeit – bezahlt wie unbezahlt – zu verändern, müssen Gemeinsamkeiten gestärkt werden: Eltern wie Pädagog*innen haben ein Interesse an guter pädagogischer Arbeit. Am 1.7.2020 haben wir das Quorum erreicht. Um weiter zu gehen, brauchen wir übergreifende feministische Solidarität: Sorgearbeit für Kinder wird oft ins Private abgeschoben. Aber das Private ist politisch und die Sorge um Kinder ein gesamtgesellschaftliches Thema. Als Frauen*streik kämpfen wir für eine Gesellschaft, in der das gute Leben an sich, die Sorge umeinander im Mittelpunkt steht. Wir wollen nicht nur Mindestpersonalschlüssel und bessere Entlohnung. Wir wollen nicht zurück zum Normalzustand, der keiner war. Wir wollen Geschlechterrollen und -zuweisungen überwinden und dass Sorgearbeit nicht nur sichtbarer, sondern auch strukturell aufgewertet wird. Auf zum feministischen Streik!

Anmerkungen

- 1 Der Artikel ist Produkt gemeinsamer Diskussionen sowie der Praxis des Frauen*streiks.
- 2 In Deutschland ist die Bewegung ein dezentral organisiertes Netz lokaler Bündnisse und Gruppen mit dem Ziel eines feministischen Streiks zur Beendigung des Patriarchats. Anliegen ist die Erweiterung des Arbeitsbegriffs und damit die Zurückdrängung seiner kapitalistischen Verengung auf produktive Arbeit. Unbezahlte Sorgearbeit soll strukturell aufgewertet werden, sodass mehr Menschen sich aktiv für sie entscheiden.

Literatur

Ehrlich, Martin, 2020: Die Fachkräftesituation in Thüringer Kindertageseinrichtungen. ZeTT-Bericht 1. Jena.

Holland-Letz, Matthias, 2008: Privatisierungsreport 7. Kindertagesstätten. Coburg.